



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT  
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

5300 Bonn 2 21. Dezember 1990

Gotenstrasse 156  
Postfach 20 02 55  
Telefon (0228) 8100 80

Ref: 512.01 Stuttgart - MA/NJ

an	ESH	2/a
Datum	8.12.90	
Visa		
EDA	08.01.91	18
Ref	SCY A 1000	

E D A

Politische Direktion

SCY A 1000

Augenschein im "Ländle" :

Baden-Württemberg, ein nicht ganz unbedeutender Nachbar

Herr Staatssekretär,

Die weitgehend problemlosen Beziehungen der Schweiz mit Baden-Württemberg bringen es mit sich, dass die Bedeutung und die Wirtschaftskraft dieses Bundeslandes nicht immer richtig eingeschätzt werden. Beispielsweise waren die schweizerischen Ausfuhren nach Baden-Württemberg im vergangenen Jahr mit 8'071 Mio DM wesentlich höher als unsere Exporte in die USA. Die Wirtschaftskraft des südwestlichen Bundeslandes zeigt sich auch darin, dass die Ausfuhren Baden-Württembergs, das flächenmässig etwas kleiner als die Schweiz ist, 1989 stolze 112 Mrd DM erreichten, ein Wert, der die schweizerischen Exporte um einiges übertrifft.

Die engen Verflechtungen unseres Landes mit Baden-Württemberg haben meinen Wirtschaftsrat bewogen, sich in der schwäbischen Metropole wieder einmal umzuhören und für schweizerische Positionen (Verkehr, EWR) zu werben. Im Gespräch mit dem Präsidenten der Landeszentralbank, den Staatssekretären im Wirtschafts- und Finanzministerium, dem Regierungsbeauftragten für Technologietransfer sowie mit Vorständen von Banken und Unternehmen konnte sich mein Mitarbeiter ein gutes Bild über die Stimmung im "Ländle" machen. Sie finden seine wichtigsten Eindrücke im beiliegenden Bericht.

Um es gleich vorwegzunehmen, das Ansehen der Schweiz ist bei den fleissigen Schwaben ungebrochen. Wenn alle Schwaben mit einem schweizerischen Bankkonto, auf dem unversteuertes Geld ruht, eine rote Nase hätten, so sähe man in Stuttgart gemäss dem Direktor der Niederlassung des Schweizerischen Bankvereins lauter rote Nasen. Die Schweizer Unternehmer, die unter den ausländischen Investoren nach den USA den zweiten Rang einnehmen, sind gern gesehene Partner. Ihnen ist die aktive Technologieförderungspolitik von Baden-Württemberg nicht entgangen. Der Regierungsbeauftragte für Technologietransfer liess durchblicken, dass sich das jährliche Auftragsvolumen schweizerischer Unternehmen an die Steinbeis-Transferzentren in der Grössenordnung siebenstelliger Zahlen bewegt. Auch für die Swissair bildet der Raum Stuttgart ein nicht zu vernachlässigendes Verkehrspotential. Unsere nationale Renommierfluggesellschaft saugt aus diesem Raum einiges an europäischem und interkontinentalem Verkehr ab. Etwa 65 Prozent der Swissair-Passagiere auf der Strecke Stuttgart-Zürich haben einen "on line"-Anschluss.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit funktioniert dem Vernehmen nach gut. Ministerpräsident Späth will aus der "Regio" eine europäische Musterregion machen. Einzig die Zusammenarbeit im Rahmen der Bodenseekonferenz könnte nach baden-württembergischen Vorstellungen etwas dynamischer sein. Gewisse Ostschweizer Regierungsräte hegen scheinbar die Befürchtung, sie könnten über den Tisch gezogen werden. Nachdem während fünfzehn Jahren über die Wasserqualität des Bodensees gesprochen worden sei, fehle teilweise die Bereitschaft zu einem Aufbruch in Richtung ehrgeizigerer Ziele.

Das Bestreben von Baden-Württemberg nach einer partnerschaftlichen Beziehung mit der Schweiz entspricht keinem selbstlosen Interesse. Die deutsche Einheit hat die Randlage Baden-Württembergs im neuen Deutschland verstärkt. Dass Ministerpräsident Späth aufgrund dieser Situation bewusst die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Regionen sucht, bildet für die Nordost- und Ostschweizer Kantone eine Chance, die sie nicht ungenutzt lassen sollten.

- 3 -

Ich versichere Sie, Herr Staatssekretär, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter



(A. Hohl)

Beilage erwähnt

Kopie mit Beilage an :

- EDA : - Botschafter Jenö Staehelin
  - Politische Abteilung I
  - Politisches Sekretariat
  - Finanz- und Wirtschaftsdienst
  - Direktion für Völkerrecht, Vizedirektor Franz von Däniken, Sektion Landesgrenzen und Nachbarschaft
  - Direktion für Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst
- BAWI : - Botschafter Arioli
  - Dienst für Freihandelsländer
- EDA/EVD, Integrationsbüro
- EVED, BAZL (vgl. Punkt 7)
- EVD, Bundesamt für Konjunkturfragen, Direktor Sieber (vgl. Punkt 6)
- Schweizerische Nationalbank, Zürich, Präsident Lusser (vgl. Punkt 2)
- Schweizerisches Generalkonsulat, Stuttgart
- Schweizerisches Konsulat, Freiburg i.Br.

512.01 Stuttgart - MA/NJ

Bonn, den 21. Dezember 1990

Ausgewählte Gesprächsnotizen des Besuches  
in Suttgart vom 17./18. Dezember 1990

---

1. Staatssekretär Fleischer, Innenministerium : Auswirkungen des Schengener-Abkommens auf die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz

Der vereinbarte Wegfall der Binnengrenzkontrollen im Rahmen des Schengener Abkommens soll durch eine Intensivierung der Kontrollen an den Aussengrenzen kompensiert werden. Die Regelungen des am 19. Juni 1990 unterzeichneten Schengener Zusatzübereinkommens sehen vor, dass alle Drittausländer, im Gegensatz zu Staatsangehörigen der EG-Mitgliedstaaten, bei der Einreise in das Vertragsgebiet einer eingehenden Kontrolle unterliegen. Grundsätzlich müssten sich somit auch Schweizer bei der Einreise in das Vertragsgebiet den verschärften Kontrollmassnahmen unterziehen.

Laut Fleischer hat Baden-Württemberg bei den Vertragsverhandlungen frühzeitig auf dieses Problem hingewiesen. Innenminister Schlee wollte einen Rückschritt in den Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz unbedingt verhindern. Das Schengener Zusatzübereinkommen trägt nun dieser Forderung Rechnung. Die Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr, so wie sie im bilateralen Abkommen vom 24. Mai 1970 vereinbart wurden, werden durch das Schengener Abkommen nicht tangiert. Der Status quo bleibt auch nach Inkrafttreten des Uebereinkommens für den bisher privilegierten Personenkreis gewahrt. Für schweizerische Staatsangehörige wird es bei einem besuchsweisen Aufenthalt in Baden-Württemberg **keine zusätzlichen Meldepflichten** geben.

Zwischen den Polizeidienststellen Baden-Württembergs und der Schweiz

gibt es laut Fleischer seit Jahren eine gute Zusammenarbeit. Da die im Schengener Übereinkommen vereinbarte, grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit weit über die Formen der deutsch-schweizerischen Kooperation hinausgeht, schlägt Fleischer eine entsprechende Vertiefung der bestehenden Zusammenarbeit mit der Schweiz vor.

## 2. Landtagspräsident Schneider : Katerstimmung im baden-württembergischen Landtag

Der ständige Kompetenzabfluss an die EG und das selbstherrliche Agieren der Kommission in vielen Bereichen, in denen sie keine direkten Zuständigkeiten hat, beispielsweise im Bereich der Ausbildung, bedrohen laut Schneider die **Eigenstaatlichkeit der Bundesländer** und sorgen in den Landtagen für eine Katerstimmung. Die schweizerischen Kantonsparlamente, bei denen das Wort vom Vollzugsföderalismus grassiere, befänden sich vergleichsweise in einer viel komfortableren Situation.

Der baden-württembergische Landtag versucht neuerdings, über eine Beteiligung bei der innerstaatlichen Willensbildung zu landesrelevanten EG-Vorhaben Einfluss zu gewinnen. Nach Artikel 2 des Zustimmungsgesetzes zur Einheitlichen Europäischen Akte ist die Bundesregierung bekanntlich verpflichtet, vor ihrer Zustimmung zu Beschlüssen der EG bei Vorhaben, die wesentliche Interessen der Bundesländer berühren, diese bei der Entscheidungsfindung einzubeziehen. An diesem "Bundesratsverfahren" sind die Landesparlamente allerdings nicht beteiligt. Der baden-württembergische Landtag hat deshalb verlangt, dass die Landesregierung ihrerseits den Landtag über alle EG-Vorhaben, die für Baden-Württemberg wesentlich sind, unterrichtet. Auf diese Weise erhielt der Landtag sei Mitte letzten Jahres bei 34 EG-Vorhaben die Gelegenheit, wenigstens die Stellungnahme der Landesregierung im Bundesratsverfahren zu beeinflussen.

### 3. Landeszentralbankpräsident Kloten : Bundesbank und Länderinteressen

Das Gesetz über die Bundesbank sieht gegenwärtig die Errichtung einer Landeszentralbank als Hauptverwaltungsstelle der Bank in allen Bundesländern vor. Gemäss diesem Gesetz müssten somit in den fünf neuen Bundesländern Landeszentralbanken gegründet werden. Gleichzeitig erhielte der Zentralbankrat fünf neue Mitglieder. Dagegen regt sich innerhalb des Direktoriums Widerstand. Eine weitere Vergrösserung des Zentralbankrates, so befürchtet das Direktorium, würde die Entscheidungsfindung innerhalb dieses Gremiums erschweren.

Bundesbankpräsident Pöhl hat deshalb vorgeschlagen, die Zahl der Landeszentralbanken durch die Schaffung von "Bezirken" auf sieben zu reduzieren. Der Vorschlag zielt darauf ab, die Mehrheitsverhältnisse im Zentralbankrat zu ändern. Bisher hatten die elf "Landesfürsten" gegenüber den sieben Direktoren eine solide Mehrheit, die sie bei Gelegenheit laut Prof. Kloten auch eingesetzt haben. Gemäss dem baden-württembergischen LZB-Präsidenten muss der Vorschlag Pöhls auch in Kontext der europäischen Währungsintegration gesehen werden. Pöhl möchte im zukünftigen europäischen Währungsgremium möglichst freie Hand haben und keine Rücksicht auf eine Mehrheit von LZB-Präsidenten im Zentralbankrat nehmen müssen.

Kleinere Landeszentralbanken, die befürchten, im Zuge einer solchen Neuordnung überflüssig zu werden, wenden sich gegen eine Verkleinerung des Zentralbankrates. Aber auch Prof. Kloten gehört zu den Kritikern der vorgeschlagenen Neuordnung. Dass jedes Bundesland über eine eigene Landeszentralbank verfügt, sei Ausdruck der föderalen Grundstruktur. Diese Verankerung der Bundesbank in der Fläche trage dazu bei, die Unabhängigkeit der Bundesbank zu garantieren. Die LZB-Präsidenten seien nämlich viel weniger dem politischen Druck ausgesetzt als das Direktorium. Im Vergleich zu den Pressionen, die Pöhl aus Bonn, im Ausschuss der EG-Notenbankgouverneure, in der G-7 oder von den Grossbanken zu spüren bekomme, seien die LZB-Präsidenten

viel unabhängiger. Eine Neuordnung der Bundesbank sei auch nicht sinnvoll, solange keine Klarheit bei der in Entstehung begriffenen Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion bestehe. Denn mit der EWWU entfalle, so Kloten, die Ratio für die Landeszentralbanken.

Gefahr erwächst den Landeszentralbanken allerdings nicht nur von der EWWU. Eine weitere Senkung der Mindestreservepflicht, wie sie im Hinblick auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Deutschland gefordert wird, würde die LZB-Geschäfte beschneiden. Denn eine weitere Verminderung der Reserverlast wäre mit einer Kürzung der Rediskontkontingente verbunden. Prof. Kloten lehnt eine weitere Verminderung der Mindestreservepflicht ab. Er sehe nicht ein, weshalb die Bundesbank auf dieses geldpolitische Instrument verzichten sollte. Einer Geldpolitik, die auf das Wohlverhalten der Banken angewiesen sei, fehle es an Solidität.

4. Dr. Freudenberg, Präsident der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart : ein internationaler regionaler Börsenverbund als Ansatz für das Ueberleben der regionalen Börsen (Kooperation Stuttgarts mit Basel und Genf)

Für die regionalen Börsenplätze stellt sich die Frage, wie sich ein dezentrales Präsenzbörsensystem gegen das im Entstehen befindliche elektronische Handelssystem (EHS) behaupten kann. Freudenberg sieht in einer elektronischen Vernetzung der einzelnen Präsenzbörsen (einschliesslich Frankfurt) und der Einbindung dieses Verbundes in ein "EHS" die einzige Alternative zur blossen Zentralisierung. Ein solches Vorgehen würde den deutschen Kapitalmarkt nach aussen, vor allem zum Ausland, als einen geschlossenen Regelkreis darstellen. Nach innen könnte die Vielfalt der Märkte, die Unterschiedlichkeit der Marktoraussetzungen und der Marktteilnehmer erhalten bleiben.

Die Stuttgarter Börse versucht, mit einem besonderen Engagement für mittelständische Aktiengesellschaften und going-public-Aktivitäten

sich als regionaler Börsenplatz zu behaupten. Die Bemühungen um den Mittelstand haben in Stuttgart zu einem Modell geführt, das unter dem Begriff "Zweiter Börsenmarkt" bekannt geworden ist. Es geht um die Möglichkeit des Börsenhandels von KG- oder GmbH-Anteilen.

Eine weitere Aktivität der Stuttgarter Wertpapierbörse, von der sie sich Auftrieb für die regionalen Börsenplätze verspricht, bildet die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit. Hier stehe man allerdings erst am Anfang, erklärt Freudenberg, und sei dabei, Erfahrungen zu sammeln. Die Kooperation mit **Basel** und **Genf** sei angelaufen. Es gehe bei dieser Zusammenarbeit um einen intensiven Informationsaustausch über regionale Spezialitäten, den Austausch von Finanzanalysten, die Zulassung von regionalen Werten an mehreren Börsen sowie um die Entwicklung und den Handel von Regionalindices.

#### 5. Staatssekretär Leibing, Wirtschaftsministerium :

##### Baden-Württemberg, das Tor für die Schweizer Wirtschaft zum europäischen Binnenmarkt

Die Schweiz ist einer der wichtigsten Handelspartner Baden-Württembergs : sie nimmt bei den Ausfuhren den vierten und bei den Einfuhren den dritten Rang ein. Im vergangenen Jahr betrug Baden-Württembergs Ausfuhren in die Schweiz 9,7 Mrd DM, die Einfuhren aus unserem Land beliefen sich auf über 8 Mrd DM. Neben diesem intensiven Handel haben sich auch enge Kapitalverflechtungen entwickelt. In Baden-Württemberg stammen etwa 30 Prozent des Gesamtbestandes an ausländischen Investitionen aus der Schweiz, die damit nach den USA der zweitwichtigste Investor ist, mit grossem Abstand vor den dritt-plazierten Briten.

Der Grund für diese engen wirtschaftlichen Beziehungen und insbesondere für den hohen Bestand an schweizerischen Investitionen liegt laut Leibing nicht nur in der blossen geographischen Nachbarschaft und der ähnlichen Mentalität der Menschen. Die mit der Schweiz ver-

gleichbare Wirtschaftsstruktur, die einen hohen Anteil an mittelständischen Unternehmen aufweist, ermögliche es gerade auch kleinen und mittleren Unternehmen aus der Schweiz in BadenWürttemberg Fuss zu fassen. Den schweizerischen Firmen sei natürlich auch die aktive Forschungs- und Technologiepolitik von BadenWürttemberg nicht entgangen. Baden-Württemberg verfolgt bekanntlich das Ziel, das Forschungspotential und das Technologieangebot in den Schlüsseltechnologien zu stärken, den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu verstärken sowie technologieorientierte Unternehmensgründungen und Kooperationen zu fördern. Die schweizerischen Investoren hätten bemerkt, dass die Bemühungen Baden-Württembergs darauf abzielen, möglichst viele mittelständische Unternehmen am Technologietransfer zu beteiligen.

**6. Prof. Löhn, Regierungsbeauftragter für den Technologietransfer : grosses schweizerisches Interesse an den Steinbeis-Transferzentren**

Zu der aktiven Forschungs- und Technologiepolitik Baden-Württembergs gehören die 100 Transferzentren der Steinbeis-Stiftung, die vor allem mittelständische Unternehmen bei der Anpassung an neue Technologien unterstützen. Das dezentral angelegte Kontaktnetz mit ungefähr 800 Professoren und Ingenieuren soll dafür sorgen, dass keine technische Idee brachliegt. Die Stiftung, die sich laut Prof. Löhn zu 90 Prozent über Aufträge von Unternehmen finanziert, hat letztes Jahr etwa 16'000 Projekte geprüft. Viele davon kamen von Unternehmen aus der Schweiz. Die im Grenzgebiet angesiedelten Transferzentren arbeiten weitgehend für schweizerische Firmen. Ohne das von schweizerischen Firmen stammende Auftragsvolumen nennen zu wollen, liess Löhn durchblicken, dass sich dieses in der Grössenordnung einer siebenstelligen Zahl bewegt. Ueberhaupt scheint die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Steinbeis-Stiftung sehr eng zu sein. Laut Prof. Löhn haben Motor-Columbus und Steinbeis eine gemeinsame Tochter gegründet. Zwischem dem CIM-Zentrum in St. Gallen und der Stein-

beis-Stiftung besteht ein Kooperations-Vertrag. Die beiden Zentren vermitteln sich gegenseitig interessierte Unternehmen. Ausserdem suchen kapitalkräftige Firmen aus der Schweiz mit Synergieinteressen laut Prof. Löhn oft einen deutschen Partner über die Steinbeis-Stiftung.

#### 7. Herr Lieb, Swissair-Geschäftsführer : der Raum Stuttgart, ein bedeutender Zubringer für das europäische und interkontinentale Streckennetz der Swissair

Obwohl Stuttgart im Anschlussverkehr in letzter Zeit etwas an Bedeutung eingebüsst habe, weil die Lufthansa mehr und mehr Direktverbindungen von Stuttgart aus anbiete, saugt die Swissair laut Lieb aus diesem Raum weiterhin ein beträchtliches Verkehrsvolumen ab. Rund 65 Prozent der Swissair-Passagiere auf der Strecke Zürich-Stuttgart-Zürich haben einen "on line"-Anschluss. Etwa 20 Prozent sind "inter line"-Passagiere.

Die Verluste der Swissair im Anschlussverkehr beschränken sich vorläufig auf den Mittelstreckenverkehr, da es aus Stuttgart keine non stop-Langstreckenflüge gibt. Der Konkurrenzdruck wird allerdings auch bei den Langstreckenflügen zunehmen, wenn der Lufthansa-Airport-Express im kommenden Frühjahr in Betrieb genommen wird. Dank der neu erstellten Schnellstrecke zwischen Mannheim und Stuttgart wird die Fahrzeit nach Frankfurt Flughafen etwas weniger als 2 Stunden betragen. Damit die Lufthansa durch eine bessere Anbindung Stuttgarts an Frankfurt keine allzu grossen Vorteile zieht, würde es die Swissair laut Lieb sehr begrüessen, wenn eine Verbindung zwischen Stuttgart und Zürich Flughafen mit dem **Pendolino** (ungefähre Fahrzeit 2 1/2 Stunden) geschaffen würde.

(Eric Martin)